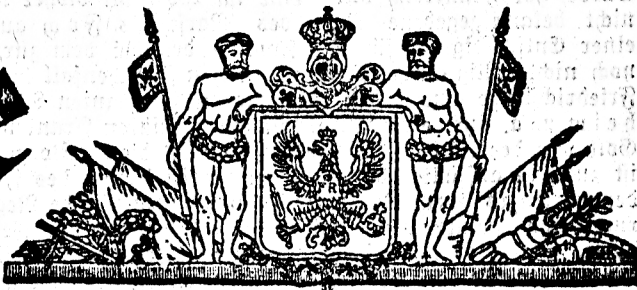


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“...

Bezug: Monatlich 2.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgebung durch eigene Boten...

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf-Galler in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Landarbeiterstreik im Preußenparlament.

Die große Debatte über den Landarbeiterstreik, die die preussische Landesversammlung gestern mittag begonnen hat, füllte auch noch, von zahlreichen aufgeregten Zwischenfällen unterbrochen, die ganze Nachmittags-Sitzung aus...

Der Landwirtschaftsminister Braun, der die Interpellationen beantwortete, hatte keinen besonders glücklichen Tag und keinen leichten Stand, ja, durch die Art seines Auftretens reizte er die Rechte nach und nach zu immer heftigerem Widerspruch...

Einen breiten Raum in den Ausführungen des Landwirtschaftsministers nahm der Fall des Regierungsrates Dr. Grimm aus dem Landwirtschaftsministerium ein...

Die Redner aus dem Hause waren sich einig in der Beurteilung der großen Gefahr, die zweifellos der Landarbeiterstreik bedeute, wenn auch die Meinungen über die Ursachen des Streiks und über die Haltung der Regierung...

Freier Postverkehr mit Amerika.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Rotterdam, 17. Juli.

Der amerikanische Postminister hat einen Befehl unterzeichnet, (siehe Abend-Ausgabe der „Voss. Zeitung“ vom 17. d. Mts.) wonach die Wiederannahme des Postverkehrs zwischen

Amerika und Deutschland befohlen wird. Briefe und andere Postsendungen für alle Plätze in Deutschland werden jetzt in den amerikanischen Postbüros zur Beförderung zu denselben Bedingungen angenommen...

Stockholm, 17. Juli.

Das zwischen Schweden einerseits und Großbritannien, Frankreich, Italien und Nordamerika andererseits am 29. Mai 1918 abgeschlossene Handels- und Schifffahrtsabkommen wurde mit Wirkung vom 12. d. M. ab aufgehoben...

Verhandlungen über das Saarbecken.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Versailles, 17. Juli.

Auf die deutsche Anregung, die nötigen Vorbereitungen zur Übergabe der Kohlegruben des Saarbeckens zu treffen, hat die französische Regierung heute mitgeteilt, daß sie einen Grubendirektor in Begleitung eines Finanzberaters nach Saarbrücken entsenden wird...

Deutsch-polnische Verständigung.

Freier Abzug der Beamten.

Danzig, 17. Juli. (B. Z. B.)

Seute fanden in Thorn zwischen Vertretern des Obersten polnischen Volkstages sowie Mitgliedern des Danziger Oberpräsidiums über die Ausführung der Friedensbedingungen und die Räumung der abzutretenden Gebiete vorbereitende Verhandlungen statt...

\* Thorn, 17. Juli.

Bei den Verhandlungen des Thorer deutschen und polnischen Volkstages wurden weiter folgende Fragen geklärt: Um das Verbleiben der Beamten und damit das Weiterarbeiten der Behörden sicher zu stellen, wurde in Aussicht gestellt, daß bis zum 1. Oktober 1919 alle Beamten in ihren jetzigen Stellungen...

Das Schulkompromiß.

Von

Professor Dr. Paul Hilbrandt.

Für das Kompromiß in der Schulfrage, das wir am Dienstag bekanntgaben, sind lebhaft politische Gesichtspunkte maßgebend. Immer, wenn die Pädagogik mit der Politik konkurriert, kommt die erste unter den Schlitzen...

In der Frage der konfessionellen Schule stand von jeher der Liberalismus auf dem Standpunkte, daß an ihre Stelle die Simultanschule treten müsse. Er hatte dazu seine guten Gründe...

Es war daher bezeichnend, daß Konservative und Zentrum stets der konfessionellen Schule anhängen. Das Schulunterhaltungsgesetz von 1906, das ledig auch die Unterstufung der Rationalisten erfuhr, stellte deshalb auch die Regel auf, daß Schüler einer Schule derselben Konfession angehören...

Die zweite wichtige Aenderung gegen den Entwurf trifft Artikel 144. Während der Entwurf die Errichtung von Privatschulen für zulässig erklärte, aber sie der Genehmigung des Staates unterwarf...